

Die Wahrscheinlichkeit von bewaffneten Auseinandersetzungen steigt

Autor(en): **Pulli, Pälvi / Flüe, Hanspeter von**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **186 (2020)**

Heft 10

PDF erstellt am: **18.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-905644>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Wahrscheinlichkeit von bewaffneten Auseinandersetzungen steigt

Der Bundesrat sieht in vielen regionalen Konflikten um Europa erhebliches militärisches Konfliktpotenzial, wie aus seinem aktuellen Bericht zur Bedrohungslage der Schweiz hervorgeht. Pälvi Pulli, Chefin Sicherheitspolitik VBS, fasst im Interview zusammen.

Die Bedrohungslage hat sich in den letzten Jahren nicht grundlegend geändert, aber verschärft: die Wahrscheinlichkeit von Konflikten und regionalen Spannungen haben zugenommen, auch an der Peripherie Europas. Steigende Rivalitäten zwischen den Grossmächten und aufstrebenden Regionalmächten erhöhen das Konfliktpotenzial. Differenzen werden tendenziell ausserhalb von völkerrechtlich anerkannten Normen ausgetragen. China und Russland treten forscher auf, man nimmt zunehmend Eskalation und Konfrontation in Kauf. Zudem hat sich das Verhältnis zwischen Europa und den USA verschlechtert. Die USA wendet sich von Allianzen, internationalen Organisationen und Vereinbarungen ab und richtet ihre Prioritäten neu aus. Diese Entwicklungen gehen zu Lasten etablierter internationaler Sicherheitsarrangements, Beispiel Rüstungskontrolle: Der INF-Vertrag über das Verbot von boden gestützten Mittelstreckenwaffen wurde beerdigt, weitere könnten folgen. Das Atomabkommen mit Iran wird untergraben.

Die NATO ist derzeit mit internen Problemen beschäftigt.

Es gab letzthin Zweifel über den Wert der Beistandsklausel der Nato wegen des Verhaltens einzelner Bündnismitglieder. Die Allianz wird auch durch interne Spannungen abgelenkt, aber insgesamt bleibt sie schlagkräftig und stärkt ihre Fähigkeiten zur kollektiven Verteidigung und gegen Cyber-Angriffe. Die transatlantischen Spannungen können aber auch die Kohäsion innerhalb der EU stärken und ihre sicherheits- und verteidigungspolitischen Anstrengungen anspornen. Die EU möchte sich trotz schwieriger Konsenssuche als selbstständiger sicherheitspolitischer Akteur profilieren und beispielsweise fragile Staaten in der Terrorbekämpfung unterstützen. Das liegt durchaus im Interesse der Schweiz.



Bild: ZEM

Pälvi Pulli, Chefin Sicherheitspolitik VBS.

Haben sich die Bedrohungen verändert?

Die Bedrohungen sind vielfältiger und unübersichtlicher geworden. Bisherige Bedrohungen wie bewaffnete Konflikte sind wahrscheinlicher als auch schon. Neue Bedrohungsformen wie Terrorismus oder Cyber-Angriffe sind hinzugekommen und sind real. Die Art der Konfliktführung ist im Wandel, in dem die Grenze zwischen Krieg und Frieden verschwommen ist. Die Technologie ermöglicht moderne, potente Waffensysteme – ohne das die Rüstungskontrolle nachkommt.

Ist die Schweiz direkt vom konfrontativen, internationalen Klima betroffen?

Die Schweiz kann sich den negativen Entwicklungen nicht entziehen. So liegt beispielsweise die zunehmende Missachtung internationaler Regeln und Normen nicht in ihrem Interesse als unabhängiger kleinerer Staat, ohne Verteidigungsallianzen. Konflikte in anderen Ländern erhöhen auch die Terrorbedrohung in Europa und somit auch in der Schweiz. Wenn

Flüchtlinge als politisches Druckmittel eingesetzt werden, ist das auch nicht gut für die Schweiz. Auch können kritische Infrastrukturen der Schweiz selber unter Druck geraten, wie man mit dem Labor Spiez gesehen hat, oder unsere Versorgungsketten können durch Konflikte gestört werden. Die Schweiz kann sich nicht darauf verlassen, dass sie als ein neutraler Staat auf Ewigkeit von Konflikten verschont wird oder dass andere für ihre Sicherheit sorgen. Daher ist es umso dringlicher, die eigenen sicherheitspolitischen Instrumente à jour zu halten, diese auf das gewandelte Konfliktbild auszurichten und genug Geld in ihre Modernisierung zu investieren.

Was heisst das für die Armee?

Die Armee richtet sich weiterhin auf bestehende und neue Bedrohungen aus. Im Bereich Cyber-Defence werden in den Schutz ihrer Netze investiert und Kapazitäten zur Bekämpfung von Cyber-Angriffen ausgebaut. Weiter muss die Armee in der Lage sein, die Betreiber kritischer Infrastrukturen bei der Bewältigung von Ereignissen subsidiär zu unterstützen. Auch bei den Bodentruppen ist unser Fokus klar: Wir brauchen flexibel einsetzbare Truppen. Mobiler, leichter und möglichst einheitlich ausgerüstet, damit sie modular zusammengesetzt werden können. Wir müssen in der Lage sein, den Luftraum im Alltag mit eigenen Mitteln zu überwachen, bei Spannungen in unserem Umfeld zu schützen und im Extremfall Land und Bevölkerung zu verteidigen.

Die Armee muss auch in Zukunft breit aufgestellt sein, da sie bei fast allen Bedrohungen und Gefahren eine wichtige Rolle spielt: von Naturkatastrophen über Pandemien, Schutz- und Sicherungsaufgaben bis hin zum äussersten Fall – der Verteidigung von Land und Bevölkerung. ■

Leicht verkürzte Medienmitteilung VBS vom 27.8.2020